



from Sept 2nd action days

**Sept 16th Antiracist Parade +
commUNITY-Carnival, Berlin
www.welcome-united.org**

Press Review / Pressespiegel

ASYL UND ABTREIBUNG

Demo-Sonnabend in Berlin: Mehr als 10.000 Menschen unterwegs

Gleich fünf Demos zu den Themen Asylrecht, Radverkehr und Abtreibung zogen durch die Stadt. Größere Zwischenfälle gab es aber nicht.



Abtreibungsgegner versammelten sich vor dem Brandenburger Tor

Foto: Paul Zinken / dpa



Wer am Sonnabend in Berlins Innenstadt unterwegs war, brauchte Geduld und musste mit vielen

ANZEIGE ANZEIGE ANZEIGE



Straßensperrungen rechnen. Fünf Demonstrationen aus zum Teil gegnerischen Lagern mit - nach Veranstalterangaben - mehr als 10 000 Teilnehmern samt der üblichen Polizeibegleitung waren vorübergehend unterwegs. Bis auf wenige Störer blieb es aber ruhig.



Den stärksten Zulauf verbuchte das "Welcome-United"-Bündnis für seine Demonstration gegen die Verschärfung des Asylrechts. "Wir haben insgesamt 7500 Teilnehmer gezählt. Fast die Hälfte davon waren Flüchtlinge aus ganz Deutschland. Sie sind mit insgesamt 30 Bussen nach Berlin gekommen. Die restlichen Demonstranten kamen hauptsächlich aus Berlin", sagte ein Sprecher am Nachmittag.



Bevor die Demonstration startete, hatten sich die Teilnehmer vor dem Bundesinnenministerium zum Schminken und Verkleiden getroffen. "Unsere antirassistische Parade soll so bunt wirken wie ein Karnevalsumzug", meinte der Sprecher. Wie beim echten Karneval waren auch Themenwagen dabei. So hatten Flüchtlingshelfer eine Fähre nachgebaut. Auf dem echten Wasser wurde die Parade von einem Schlauchboot des Vereins "Sea-Watch" begleitet, das parallel auf der Spree fuhr.

Abtreibungen waren ein zentrales Thema bei drei weiteren Demonstrationen. Mit dem alljährlichen "Marsch für das Leben" hatten sich am Mittag mehr als 1000 Abtreibungsgegner vor dem Reichstag versammelt. Auf Plakaten waren Kommentare wie "Töten ist keine ärztliche Kunst" zu lesen. Die Demonstration zog am Brandenburger Tor vorbei durch Berlin-Mitte. An den Straßenrändern protestierten zahlreiche Menschen mit Trillerpfeifen gegen den Marsch. Einzelne versuchten, den Demonstrationzug zu behindern, blieben aber erfolglos.

Die Abtreibungsbefürworter verteilten sich auf zwei Demonstrationen: Bereits am Vormittag starteten am Wittenbergplatz rund 2000 Feministinnen vom Bündnis "What The Fuck" in Richtung Pariser Platz. Nach Angaben einer Sprecherin verlief alles ohne größere Zwischenfälle. Es seien nur Frauen vorübergehend in Gewahrsam genommen worden, weil sie Konfetti geworfen hätten.

Am Brandenburger Tor trafen die Feministinnen am Mittag auf das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, das dort zu einem Marsch nach Kreuzberg aufbrach. Rund 1000 Demonstranten waren hier unterwegs.

Für mehr Radverkehr in Berlin demonstrierte der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC). Mit einer 38 Kilometer langen Fahrrad-Kreisfahrt unter dem Motto "Radgesetz statt Rumdieseln" machte er damit gleichzeitig Front gegen den Abgasbetrug von Autoherstellern. Die Berliner Polizei sprach am Samstagmorgen von einer ruhigen Lage trotz der vielen Demonstrationen. Leidtragende waren hauptsächlich die Autofahrer wegen der teilweise gesperrten Straßen.

(BM/dpa)

Abtreibung, Asylrecht, Radgesetz Zehntausend Demonstranten ziehen durch Berlin

16.09.17, 15:10 Uhr

EMAIL FACEBOOK TWITTER MESSENGER



Wer am Samstag in Berlins Innenstadt unterwegs war, brauchte Geduld und musste mit vielen Straßensperrungen rechnen. Fünf Demonstrationen aus zum Teil gegnerischen Lagern mit - nach Veranstalterangaben - mehr als 10.000 Teilnehmern samt der üblichen Polizeibegleitung waren vorübergehend unterwegs. Bis auf wenige Störer blieb es aber ruhig.

Den stärksten Zulauf verbuchte das „Welcome-United“-Bündnis für seine Demonstration gegen die Verschärfung des Asylrechts. „Wir haben insgesamt 7500 Teilnehmer gezählt. Fast die Hälfte davon waren Flüchtlinge aus ganz Deutschland. Sie sind mit insgesamt 30 Bussen nach Berlin gekommen. Die restlichen Demonstranten kamen hauptsächlich aus Berlin“, sagte ein Sprecher am Samstagnachmittag.

Kleinere Störungen

Bevor die Demonstration startete, hatten sich die Teilnehmer vor dem Bundesinnenministerium zum Schminken und Verkleiden getroffen. „Unsere antirassistische Parade soll so bunt wirken wie ein Karnevalsumzug“, meinte der Sprecher. Wie beim echten Karneval waren auch Themenwagen dabei. So hatten Flüchtlingshelfer eine Fähre nachgebaut. Auf dem echten Wasser wurde die Parade von einem Schlauchboot des Vereins „Sea-Watch“ begleitet, das parallel auf der Spree fuhr.

Abtreibungen waren ein zentrales Thema bei drei weiteren Demonstrationen. Mit dem alljährlichen „Marsch für das Leben“ hatten sich am Mittag mehr als 1000 Abtreibungsgegner vor dem Reichstag versammelt. Auf Plakaten waren Kommentare wie „Töten ist keine ärztliche Kunst“ zu lesen. Die Demonstration zog am Brandenburger Tor vorbei durch Berlin-Mitte. An den Straßenrändern protestierten zahlreiche Menschen mit Trillerpfeifen gegen den Marsch. Einzelne versuchten, den Demonstrationzug zu behindern, blieben aber erfolglos.

Fahrrad-Demonstranten fordern „Radgesetz statt Rumdieseln“

Die Abtreibungsbefürworter verteilten sich auf zwei Demonstrationen: Bereits am Vormittag starteten am Wittenbergplatz rund 2000 Feministinnen vom Bündnis „What The Fuck“ in Richtung Pariser Platz. Nach Angaben einer Sprecherin verlief alles ohne größere Zwischenfälle. Es seien nur Frauen vorübergehend in Gewahrsam genommen worden, weil sie Konfetti geworfen hätten.

Sprecherin verlief alles ohne größere Zwischenfälle. Es seien nur Frauen vorübergehend in Gewahrsam genommen worden, weil sie Konfetti geworfen hätten.

Am Brandenburger Tor trafen die Feministinnen am Mittag auf das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, das dort zu einem Marsch nach Kreuzberg aufbrach. Rund 1000 Demonstranten waren hier unterwegs.

Für mehr Radverkehr in Berlin demonstrierte der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC). Mit einer 38 Kilometer langen Fahrrad-Kreisfahrt unter dem Motto „Radgesetz statt Rumdieseln“ machte er damit gleichzeitig Front gegen den Abgasbetrug von Autoherstellern. Die Berliner Polizei sprach am Samstagnachmittag von einer ruhigen Lage trotz der vielen Demonstrationen. Leidtragende waren hauptsächlich die Autofahrer wegen der teilweise gesperrten Straßen. (dpa)

Linke Bündnisse und Fahrrad-Aktivisten Demo-Samstag blockiert Berlin

16.09.17, 09:20 Uhr

EMAIL

FACEBOOK

TWITTER

MESSENGER



Der ADFC will am Samstag in Berlin für bessere Luft und den Beschluss des Radgesetzes demonstrieren.
Foto: dpa

Abtreibungsgegner und -befürworter wollen am Samstag in Berlin auf die Straße gehen. Drei linksgerichtete Bündnisse haben Demonstrationen durch die Citys West und Ost angekündigt und erwarten dazu einige Tausend Teilnehmer. Am Vormittag (10.30 Uhr) starten Feministinnen am Wittenbergplatz eine Demonstration für das Recht auf Abtreibung. Ziel der Route ist der Pariser Platz. Die Veranstalter erwarten rund 2000 Teilnehmerinnen.

Anschließend marschiert um 13 Uhr zum selben Thema das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung vom Brandenburger Tor in Richtung Lustgarten. Gegner von Abtreibungen werden sich wiederum beim jährlichen „Marsch für das Leben“ zusammenfinden, der dieses Mal unter dem Motto steht: „Die Schwächsten schützen: Ja zu jedem Kind“.

Ein „Welcome-United“-Bündnis schließlich will vom Bundesinnenministerium aus gegen Asylrechtsverschärfung demonstrieren. Die „Antirassistische Parade“ soll durch Berlin Mitte bis zum Oranienplatz gehen. Dazu werden rund 15.000 Teilnehmer erwartet.

Demo des Fahrrad-Clubs um 14 Uhr

Auch der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) will am Samstag in Berlin demonstrieren – uns zwar für bessere Luft und das Radgesetz. Für die Veranstaltung unter dem Motto „Radgesetz statt Rumdieseln“ rechnet der Club wie in den Vorjahren mit mehr als 1000 Teilnehmern.

Der Demo-Zug soll um 14 Uhr am Brandenburger Tor starten und nach einer 38 Kilometer langen Fahrt um das Stadtzentrum herum gegen 17 Uhr wieder dort ankommen. Teilnehmer können an verschiedenen S- und U-Bahnhöfen dazustoßen.

Der Berliner Senat hat bereits einen Entwurf für ein Mobilitätsgesetz vorgelegt, das dem Radverkehr und öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang vor dem Auto gibt. (dpa/BK)



Linksgerichtete Bündnisse demonstrieren in Berlin

 Gefällt mir  Teilen

 0

Samstag, 16.09.2017, 02:46

Drei linksgerichtete Bündnisse wollen heute durch die Berliner Citys West und Ost ziehen und erwarten dazu einige Tausend Teilnehmer. Am Vormittag starten Feministinnen am Wittenbergplatz eine Demonstration für das Recht auf Abtreibung. Ziel der Route ist der Pariser Platz. Die Veranstalter erwarten rund 2000 Teilnehmerinnen.

„Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür und wir sehen in den europäischen Nachbarländern wie Polen oder Spanien, aber auch durch Kampagnen **der AfD**, dass der die neue Rechte den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen im Visier hat“, sagte eine Sprecherin vom Bündnis „What The Fuck“. Anschließend marschiert um 13 Uhr zum selben Thema das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung vom Brandenburger Tor in Richtung Lustgarten.

Parallel dazu will ein „Welcome-United“-Bündnis vom Bundesinnenministerium aus gegen Asylrechtsverschärfung demonstrieren. Die „Antirassistische Parade“ soll durch **Berlin** Mitte bis zum Oranienplatz gehen. Dazu werden rund 15 000 Teilnehmer erwartet.

dpa



Video: rbb um 6 | 16.09.2017

Bündnisse ziehen durch Berlin

Tausende demonstrieren gegen verschärftes Asylrecht

16.09.17 | 19:20 Uhr

Gegen Rassismus und Asylrechtsverschärfung, für Gleichberechtigung und sexuelle Selbstbestimmung - mehr als 10.000 Menschen sind am Samstag bei Demonstrationen durch Berlin gezogen. Die meisten kamen zu einer Demo gegen härtere Asylgesetze.

97 Kommentare



Rund 7.500 Menschen, darunter viele Flüchtlinge, Migranten und linke Gruppen aus ganz Deutschland, sind laut Veranstalterangaben am Samstag mit einer "antirassistischen Parade" durch Berlin gezogen. Unter dem Motto "We'll Come United" zogen die Demonstranten durch das Regierungsviertel zum Kreuzberger Oranienplatz. Mit der Parade sollte eine Woche vor der Bundestagswahl denjenigen eine laute Stimme gegeben werden, die sonst nicht gehört werden, erklärten die Veranstalter.

Um 13 Uhr war das "Welcome-United"-Bündnis gegen Asylrechtsverschärfung am Bundesinnenministerium losgezogen. "30 Busse mit Geflüchteten aus der ganzen Republik sind zur Demo gekommen. Wir rechnen mit vielen tausend Teilnehmern", hatte ein Sprecher am Samstagmittag erklärt. Bis auf wenige Störer blieb es ruhig.

Bleiberecht für alle und legale Fluchtwege

Die Parade hatte 19 Motivwagen zu Themen wie Dublin II, Bildung, Seenotrettung, Frauen, der Situation von Roma oder der Lage in Afghanistan. Gefordert wurden unter anderem ein Bleiberecht für alle, ein Abschiebestopp, bezahlbarer Wohnraum und legale Fluchtwege nach Europa. Die Veranstalter sprachen von etwa 7.500 Teilnehmern, die Polizei von weit mehr als 5.000.

Nach einer Zwischenkundgebung am Berliner Lustgarten für sexuelle Selbstbestimmung wurde der Abschluss auf dem Oranienplatz mit einem Konzert gefeiert. Veranstalter der Demonstration waren unter anderem die Hilfsorganisation medico International, Attac Deutschland, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) und viele Flüchtlingsräte aus den Bundesländern. Die Seenotretter-Organisation Sea Watch begleitete die Parade mit einem großen Schlauchboot auf der Spree.

Parallel zu dieser Demo versammelten sich am Samstag Abtreibungsgegner und -befürworter zu mehreren Protesten.

Miles protestan en Berlín a favor de los refugiados

● La llamada "marcha antirracista" congregó a más de cinco mil personas, según la policía, entre las que se encontraban también muchos refugiados, inmigrantes y activistas de izquierdas llegados de toda Alemania

Varios miles de personas se manifestaron hoy en Berlín en contra del endurecimiento de la ley de asilo y a favor del derecho de todos los inmigrantes a quedarse en Alemania.

La llamada "marcha antirracista", bajo el lema de "We'll come united" ("Vendremos unidos") congregó a más de cinco mil personas, según la policía -unas 7.500, según la organización-, entre las que se encontraban también muchos refugiados, inmigrantes y activistas de izquierdas llegados de toda Alemania.

"Treinta autobuses con refugiados de todo el país han venido a la manifestación. Contamos con miles de participantes", había señalado un portavoz de la organización, antes de la marcha, según informó la radiotelevisión regional RBB.

El objetivo de la marcha es, según los organizadores, dar voz a una semana de las elecciones generales del 24 de septiembre, a aquellos que normalmente no son escuchados.

Los manifestantes recorrieron el barrio gubernamental y el centro de la ciudad hasta la plaza Oranienplatz, en el multicultural distrito de Kreuzberg, donde se celebró un concierto.

En la marcha participaron 19 camionetas a modo de carrozas decoradas con motivos alusivos al reglamento de Dublín, a la educación, al salvamento marítimo y a la situación en Afganistán, entre otros.

Los manifestantes portaban pancartas con lemas como "Ninguna persona huye voluntariamente", "Afganistán no es un país seguro", "El salvamento marítimo no es un crimen", "Ferris, no Frontex", "Basta a la guerra contra los inmigrantes", "Refugees welcome" ("Refugiados bienvenidos") y "El asilo no es negociable".

Entre las exigencias de los participantes en la marcha figuran el derecho para todos a permanecer en el país, poner fin a las deportaciones, viviendas asequibles y vías legales de inmigración a Europa.

Entre los organizadores se encuentran la organización humanitaria medico International, el movimiento antiglobalización **Attac Deutschland**, la **Asociación Republicana de Abogados (RAV)** y muchos consejos de refugiados de los diferentes estados federados.

Demonstration von Geflüchteten

„Wir lassen uns nicht spalten“

Mehrere tausend Flüchtlinge protestierten in Berlin gegen rassistische Hetze. Der Po vor, das Asylrecht immer mehr zu beschneiden.



Fast die Hälfte der 7.500 TeilnehmerInnen in Berlin waren Flüchtlinge aus ganz Deutschland

Foto: Imago/epd

In einer kilometerlangen Parade zogen Tausende Menschen am Samstagnachmittag durch Berlin. Die 10.000, die erwartet wurden, kamen zwar nicht. Trotzdem war es die beeindruckendste Aktion, die die Flüchtlingsbewegung hierzulande seit längerer Zeit auf die Beine gestellt hat. „Welcome United“ war der Name des Zugs, rund 100 beteiligte Gruppen hatten dafür insgesamt 19 Lkws geschmückt. Einer war einer Fähre nachempfunden, die sich die Flüchtlinge im Mittelmeer wünschen. Ein anderer zeigte die Pfeife, die die sudanesischen Flüchtlinge in einem niedersächsischen Lager immer dann zur Warnung blasen, wenn die Polizei zu Abschiebungen anrückt.

Afghanen, Roma und die äthiopische Minderheit der Oromo waren ebenso dabei wie Frauen- und Unterstützergruppen oder Initiativen, die im Mittelmeer Flüchtlinge aus Seenot retten. „Wir zeigen der Politik: Wir lassen uns nicht spalten in gute und schlechte Flüchtlinge“, sagte Nevroz Duman aus Hanau, die mit 12 Jahren aus der Türkei nach Griechenland flüchtete und mit einer Duldung in Deutschland aufwuchs. Die Parade sei für die Flüchtlingsbewegung „der Höhepunkt dieses Wahlkampfs, in dem über uns entschieden wird, wir aber nicht gefragt werden“.

Gegen Mittag versammelten sich die TeilnehmerInnen vor dem Bundesinnenministerium in Moabit. RednerInnen warfen den Parteien vor, das Asylrecht immer weiter abbauen zu wollen. „Sie schlagen uns auf ihren Wahlkundgebungen mit ihren Reden offen ins Gesicht“, sagte Duman. Der Bundestagswahlkampf sei in „weiten Teilen ein Überbietungswettbewerb in flüchtlingsfeindlicher und rassistischer Hetze“. Dagegen sollte die Parade ein Zeichen sein. „Wer Kriegsflüchtlingen den Familiennachzug verwehrt und uns im Mittelmeer ertrinken lässt, der muss mit unserem Widerstand rechnen“, sagte Duman.

Am Nachmittag gab das Bündnis an, dass es insgesamt 7.500 TeilnehmerInnen gezählt hatte. Fast die Hälfte davon waren Flüchtlinge aus ganz Deutschland. Sie kamen mit 30 Bussen nach Berlin. Die AktivistInnen zogen zum Oranienplatz in Kreuzberg, den Geflüchtete ab 2012 über 18 Monate besetzt gehalten hatten. Auf der Spree begleitete die Seenotrettungsorganisation SeaWatch die Parade mit einem Schlauchboot aus dem Mittelmeer. Die weiteste Anreise hatten AktivistInnen aus Athen. Sie haben dort vor Jahren das leer stehende City Plaza Hotel besetzt. Seither können Geflüchtete dort vorübergehend umsonst wohnen. In Berlin stellten die City-Plaza-AktivistInnen einen Lkw, der dekoriert war wie ihr Hotelgebäude.

DEMOANMELDER SAMEE ULLAH

„Wir kämpfen weiter, bis wir alle gleiche soziale Rechte haben“

dürfen, sollten die wählen, die uns achten.“

„Wir kämpfen weiter, bis wir alle gleiche soziale Rechte haben“, sagte der aus Pakistan stammende Flüchtling Samee Ullah, der die Demo angemeldet hatte, bei der Abschlusskundgebung am Oranienplatz. „Und alle, die wählen

Welcome United: 10.000 protestieren für Bleiberecht

Geflüchtete, Migranten und Unterstützer prangerten Asylrechtsverschärfungen an

Von Johanna Treblin 18.09.2017 / Lesedauer: 2 Min.



Welcome United – Antirassistische Parade durch Berlin

Rund 10.000 Menschen haben am Samstag gegen Abschiebungen und Verschärfungen im Asylrecht demonstriert. Die Teilnehmer kamen mit Bussen aus ganz Deutschland. Geflüchtete, Geduldete, Migranten und Unterstützer wollten mit der Demonstration »We'll come united« / »Welcome united« eine Woche vor der Bundestagswahl ein klares Zeichen für die Rechte von Geflüchteten setzen.

Bündnissprecherin Newroz Duman sagte: »Nahezu alle etablierten Parteien wollen das Asylrecht abbauen. Wer uns Kriegsflüchtlingen den Familiennachzug verwehrt, wer uns im Mittelmeer ertrinken lässt und Internierungslager in der libyschen Wüste bauen will, wer uns eiskalt nach [Afghanistan](#) abschiebt, der muss mit unserem Widerstand rechnen.«

Mit der Demonstration zeigte sich Duman zufrieden: »Es war gut zu sehen, wie viele wir sind und wie entschlossen die Teilnehmer waren, für ein gemeinsames Ziel einzutreten.« Es sei wichtig gewesen, kurz vor der Bundestagswahl die Anliegen von Geflüchteten und Migrant*innen noch einmal sichtbar zu machen. »Ob es etwas bewirkt, werden wir in den nächsten Wochen sehen«, sagte Duman. Mit Sicherheit habe die Demonstration aber den Zusammenhalt unter den verschiedenen Initiativen gestärkt und allen vor Augen geführt, dass ihre alltägliche Arbeit und ihre alltäglichen Kämpfe gegen Abschiebungen notwendig seien.

Zum Bündnis gehören vor allem Flüchtlings*innenorganisationen wie das Afghan Refugee Movement, AfricAvenir, Afrique Europe Interact, Lampedusa in Hamburg, aber auch Flüchtlingsräte, das Berliner Bündnis gegen Rassismus und Migrant*innenorganisationen wie das Roma Center Göttingen. Die Demonstration startete am Bundesinnenministerium und endete am Oranienplatz in Kreuzberg.

Der gilt in Berlin als Symbol der Flüchtlings*innenorganisation. 2012 waren Geflüchtete aus Würzburg in einem Protestmarsch nach Berlin gelaufen, um unter anderem gegen die Residenzpflicht zu demonstrieren. Am Oranienplatz schlugen sie ein Camp auf. Auf der Demonstration am Samstag sagte Napuli Paul, eine der Aktivistinnen von damals: »Der Oranienplatz stirbt nie. Der Oranienplatz lebt weiter. Denn der Oranienplatz ist kein Ort, sondern die Menschen sind der Oranienplatz, die immer noch leben - so wie wir.« Napuli Paul hatte 2014 fünf Tage lang einen Baum am Oranienplatz besetzt gehalten.

Gekommen, um zu bleiben

10 000 Menschen demonstrierten am Samstag in Berlin gegen Abschiebungen



Foto: Björn Kietzmann

Berlin. Für ein Bleiberecht von Geflüchteten und für sichere Fluchtrouten gingen am Wochenende in Berlin rund 10 000 Menschen auf die Straße. Initiiert hatte den Demonstrationzug das Bündnis »We'll come united« aus mehr als 100 Gruppen und Vereinen, viele von ihnen aus der Flüchtlingsselbstorganisation. Eine Woche vor der Bundestagswahl wollten sie mit einer bunten Parade ihre Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit erhöhen. Bei der Bundestagswahl werde über sie entschieden, ohne sie nach ihrer Meinung zu fragen, sagte Bündnissprecherin Newroz Duman im Anschluss an die Demonstration. »Wir haben be-

reits vor dieser Wahl gewählt«, sagte sie. Die Geflüchteten forderten »das Recht hier zu sein, das Recht auf Schule, das Recht auf Arbeit, das Recht, unsere Familien bei uns zu haben«.

An der Demonstration am Samstag nahmen Menschen unterschiedlicher Nationen, allen Alters und jeden Geschlechts teil. Sie liefen vom Bundesinnenministerium in Berlin-Moabit bis zum Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg und prangerten Abschiebungen sowie Verschärfungen im Asylrecht an. »Wer uns im Mittelmeer ertrinken lässt und Internierungslager in der libyschen Wüste bauen will, wer uns eiskalt nach Afghanistan abschiebt, der

muss mit unserem Widerstand rechnen«, sagte Sprecherin Duman.

Rund 100 000 Menschen flohen in diesem Jahr bereits über das Mittelmeer nach Europa. Nach jüngsten Abschottungsbemühungen Italiens und der EU ist die Route aber so gut wie geschlossen. Geflüchtete sind daher gezwungen, auf andere Strecken auszuweichen. Hunderte Menschen versuchten daher im August und September, über das Schwarze Meer zu fliehen. Die Route gilt wegen schweren Windes und kalter Temperaturen als weitaus unberechenbarer als der Weg über das Mittelmeer. *jet*

Seiten 5 und 11

Solidarität großgeschrieben

Berlin: Tausende auf der Straße für Flüchtlingsrechte und Selbstbestimmung. Drei emanzipatorische Demonstrationen teilweise vereint

Von Jana Frielinghaus und Wlodek Flakin



Mein Körper, meine Entscheidung: Demonstration gegen Fremdbestimmung und Ewiggestrige am Samstag in Berlin

Foto: Florian Boillot

»Die Innenministerkrise lösen«, stand auf einem Banner, das auf der Demonstration »Welcome united!« für die Rechte Geflüchteter und gegen Rassismus mitgeführt wurde. Und auf dem Wagen des »Theater X« aus dem Stadtteil Moabit gab es gelungene De-Maizièrre-Parodien zu bewundern. Die Sonne zeigte sich, als sich am Samstag vor dem Dienstsitz des unter Zugewanderten wohl unbeliebtesten Ministers Tausende Geflüchtete und ihre Unterstützer zu einem langen Marsch durch die Hauptstadt in Bewegung setzten. Im Zug fuhren mehr als 20 phantasievoll gestaltete Lkw und Transporter mit, von denen Musik und Beats schallten und Rednerinnen und Redner die Stimmung anheizten und Slogans wie »Say it loud, say it clear, refugees are welcome here« skandierten. Eine Zeitlang führte die Route an der Spree entlang – währenddessen wurde die Parade auf dem Wasser von einem großen Schlauchboot der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch begleitet.

Parallel zu dieser Manifestation gegen Abschiebungen, gegen die Abschottung der EU und das Sterben im Mittelmeer sowie für gleiche Rechte für alle in der Bundesrepublik Lebenden fanden in Berlin zwei weitere Demonstrationen statt, die sich wiederum gegen den »Marsch für das Leben« von rund 7.000 Abtreibungsgegnern richteten, der in diesem Jahr bereits zum 13. Mal von christlichen Fundamentalisten und anderen Reaktionären veranstaltet wurde. An der Demo des antifaschistisch-queerfeministischen Bündnisses »What the Fuck« nahmen etwa 2.000 Menschen teil. Eine weitere Kundgebung veranstaltete das von zahlreichen Frauen- und Beratungsorganisationen sowie von Linkspartei und Grünen unterstützte »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung« am Brandenburger Tor.

Der Aufzug der selbsternannten Lebensschützer sollte ein »Schweigemarsch« sein, viele Teilnehmer trugen weiße Kreuze, die für im Mutterleib »getötete Kinder« stehen sollten. Doch die Marschierer bekamen Gegenwind auf fast jeder Straßenkreuzung – mit Trillerpfeifen und Sprüchen wie »Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben« traten ihnen die Gegendemonstrantinnen entgegen. Mit zahlreichen kleinen Blockaden wurde der Marsch immer wieder gestoppt. Auf einzelnen Schildern im antifeministischen Aufmarsch wurde der Schwangerschaftsabbruch mit der von den Nazis betriebenen Tötung von vermeintlich psychisch Kranken und Menschen mit Behinderungen verglichen. Aber die große Mehrheit trug vorgefertigte Plakate, auf denen etwa eine »Willkommenskultur für Babys« gefordert wurde.

ANZEIGE

Gemeinsame Sache: Nicht jeder, der die *junge Welt* für gut und wichtig hält, hat die Zeitung auch bereits abonniert. Den konkreten Preis für professionellen Journalismus, für Herstellung und Vertrieb **erfahren Sie hier.**

Die Veranstalter der beiden Demos für sexuelle Selbstbestimmung hatten sich bereits im Vorfeld solidarisch mit der Parade der Geflüchteten erklärt, und auch das Bündnis »Welcome United« hatte bekundet, die Ziele der Feministinnen zu unterstützen. Auf der Flüchtlingsdemo fuhren zudem zwei Wagen mit, auf denen die Rechte der Frauen thematisiert wurden. Einerseits hatte die seit Jahren sehr aktive Gruppe »Women in Exile« einen eigenen Transporter gestaltet. Einen weiteren Wagen stellte das im

Frühjahr gegründete Feministische Netzwerk.

Der Zug der Geflüchteten traf zweieinhalb Stunden nach dem Start am Endpunkt der Route ein, dem Oranienplatz in Kreuzberg, auf dem im Jahr 2013 Geflüchtete ein Protestcamp errichtet, dort monatelang in Zelten gelebt und mit einer Dauermahnwache für ihre Rechte demonstriert hatten. Nahe dem Ziel zahlreiche Anwohner die Demonstration mit großen, selbstbemalten Transparenten, die sie aus ihren Fenstern gehängt hatten.

Rund die Hälfte der nach Veranstalterangaben 7.500 Teilnehmer der Welcome-United-Parade waren Geflüchtete und Migranten aus ganz Deutschland, viele von ihnen seien mit 30 aus Spenden finanzierten Bussen angereist. Nach einer Zwischenkundgebung am Lustgarten im Stadtteil Mitte schlossen sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktionen für sexuelle Selbstbestimmung dem Zug an, der danach laut Bündnis »Welcome United« auf rund 10.000 Personen anwuchs.



Kashmir Peace Truck joins colourful festivities of Berlin's 'CommUnity Carnival'



The 'Kashmir Peace Truck' – carrying banners portraying victims of pellet gun violence in Indian-occupied Kashmir – can be seen driven around at the WelcomeUnited - CommUnity Carnival in Berlin, Germany, September 16, 2017. Geo.tv/Irfan Aftab

BERLIN: Over 10,000 people marched through the German capital on Saturday to protest racism, anti-Semitism, Islamophobia, and sexism in a demonstration that comes a week ahead of the Bundestag elections.

The peaceful "Welcome United - CommUnity Carnival" parade – an open initiative from social, antiracist, and political networks – included flags of Azad Kashmir flying high for the first time during a mainstream procession in Berlin.



The multicultural parade – organised by Welcome United in collaboration with several German human rights organisations – highlighted the voice of oppressed citizens of Indian-occupied Kashmir (IoK) through a unique approach, with a 'Kashmir Peace Truck' carrying banners that portrayed victims of pellet gun violence.

Speaking to Geo.tv as the event carried on, Sami Ullah – one of the CommUnity Carnival's coordinators said, "It is great to see that the Kashmir Peace Truck has joined us here."

Just a week before German federal elections, such a huge demonstration is set to push the new government to rethink its policies in terms of social reforms, Sami Ullah explained.

In total, 20 trucks were part of the carnival, of which one – arranged by the Free Kashmir Organization (FKO) Berlin – represented Kashmir and its people.

FKO Berlin chairman Sidiq Kiyani – another one of the organisers – stated, "Our focus is to reclaim the right of self-determination of Kashmiris. We keep working to raising awareness of the Kashmiri people's rights and how they are suppressed in



Participants can be seen carrying flags to protest racism, anti-Semitism, Islamophobia, and sexism beside the 'Kashmir Peace Truck' at the WelcomeUnited - CommUnity Carnival in Berlin, Germany, September 16, 2017. Geo.tv/Irfan Aftab

A picturesque parade comprising thousands of protestors and more than a dozen trucks traversed for six hours in Berlin's central areas, with the Kashmiri song "I love freedom and I will get freedom" played throughout the festivities.

Kashmir Council-EU Chairman Ali Raza Syed – who had travelled from Brussels for the occasion to show support for the cause – commented, "Our objective is to highlight the Kashmir issue and obtain support in favour of the oppressed people of loK."

A distinctive and inclusive approach together with a "Kashmir Peace Truck, which is decorated with our flags and banners that sport human rights slogans will help us raise the voice of Kashmiris in Europe", activist Riffat Wani – who hails from Kashmir – noted.

The number of participants this year doubled against last year to reach 10,000 and it was the first time that the cause of Kashmir was presented in such a

The number of participants this year doubled against last year to reach 10,000 and it was the first time that the cause of Kashmir was presented in such a manner.

Malte — the organiser of Pax Terra Music Festival (Music Festival for the Peace) — explained that "we have to work together to make peace in the world and we have to refine our humanity for everyone".

Certainly, such multifaceted participation will encourage German and — in wider terms, European citizens — to spare a moment to think about the atrocities being committed in loK, support refugees, and bring their stories to the streets to influence public debate and change the current migration policies.

RT, 18.09.2017



Berlin: Tausende marschieren bei "antirassistischer Parade" für mehr Flüchtlingsrechte

18.09.2017 • 13:50 Uhr



Tausende Menschen sind am Samstag unter dem Motto "antirassistische Parade" durch Berlins Straßen gezogen. Darunter befanden sich auch viele Flüchtlinge und Migranten. Ziel der Parade sollte es sein, die Interessen der Flüchtlinge und Migranten eine Woche vor den Bundestagswahlen stärker in den Fokus zu rücken.

Außerdem fordern die Demonstranten eine Änderung der bestehenden Migrationspolitik, einschließlich der sicheren Passage übers Mittelmeer, und die Gewährung eines bedingungslosen Migrationsrechts, um ohne Angst vor Abschiebung in Deutschland bleiben zu können.

Ein afghanischer Migrant, der an dem Protest teilnahm, sprach von den Schwierigkeiten, mit denen er nach der Ankunft in Deutschland konfrontiert ist. "Es ist ein bisschen hart, weil ich auf Dokumente warte, die sehr wichtig für mich sind. Ich weiß nicht, was in der Zukunft passieren wird und ich habe Angst. Es ist ein bisschen schwierig für mich, weil ich manchmal darüber nachdenke und es macht mich traurig, weil ich nichts habe. Manchmal bin ich so hoffnungslos, denn im Moment weiß ich nicht, was in Zukunft passieren wird, was mit mir in der Zukunft vor sich gehen wird."

Berlin: Über 7.000 demonstrieren gegen Rassismus und Abschiebung

Von unseren Korrespondenten
18. September 2017

Am vergangenen Samstag fand in Berlin eine „Welcome-United“-Parade statt, zu der über 100 verschiedene Flüchtlings- und Hilfsorganisationen aufgerufen hatten. Rund 7.500 Menschen waren dem Aufruf gefolgt, um ihrem Protest gegen die Flüchtlings- und Abschiebepolitik der Bundesregierung Ausdruck zu verleihen. Ungefähr die Hälfte waren Flüchtlinge, die mit 30 Bussen aus den anderen Bundesländern angereist kamen.



Die Demo in Berlin

Der Protestzug startete mittags vor dem Bundesinnenministerium und endete am Abend auf dem Kreuzberger Oranienplatz. 19 Motivwagen thematisierten die drängendsten Probleme von hunderttausenden Flüchtlingen aus der ganzen Welt. Die Dublin II-Verordnung, Bildung, Seenot-Rettung, Bleiberecht für alle, Abschiebestopp nach Afghanistan, die Situation der Roma und das Recht auf Familiennachzug waren die bestimmenden Themen.

In ihrem Aufruf erklärten die Organisatoren: „Wir werden uns nicht daran gewöhnen, was vor unseren Augen passiert.“ Die Demonstration fände nicht ohne Grund eine Woche vor der Bundestagswahl statt. Man wolle gegen die öffentliche Angstmache der verantwortlichen Politiker zeigen, dass es „eine andere Mehrheit, eine Mehrheit des Willkommens“ gäbe und wehre sich „gegen den neuen Rechtspopulismus und die alten Nazis“.

Zwar betonte ein Sprecher des Zugs, dass „unsere antirassistische Parade so bunt wirken [solle] wie ein Karnevalsanzug“, doch insbesondere bei der Gruppe der Afghanen waren der Ernst und die Dringlichkeit ihrer Situation deutlich zu spüren.

Mitglieder und Unterstützer der Sozialistischen Gleichheitspartei verteilten auf der Demonstration den **Wahlauf Ruf der SGP** und diskutierten mit vielen Protestteilnehmern über die Verantwortung der führenden Parteien und über die Ursachen für Krieg und Flucht.



Yasamin Sadat

Yasamin Sadat war vor sechs Jahren aus Afghanistan nach Deutschland geflüchtet. Sie bestreitet vehement die Haltung der Bundesregierung, dass Afghanistan sicher sei. „Viele Frauen und Kinder sind dort in Gefahr. Ich höre jeden Tag Nachrichten aus Afghanistan, dass wieder Menschen gestorben sind.“ Dass immer mehr Soldaten nach Afghanistan geschickt werden, lehnt sie ab: „Wenn es keinen Krieg gäbe, könnten wir zurückkehren.“

Auch der 19-jährige Abi und der 23-jährige Rahimi kommen aus Afghanistan.

Abi ist seit 2015 in Deutschland. Sein Weg

fürhte ihn über Pakistan in den Iran, wo er sechs Monate als Steinmetz schwere Arbeit verrichtete. Danach floh er über die Türkei nach Griechenland, wo er in einem neu gebauten Flüchtlingscamp lebte und schwer erkrankte. Das Essen sei dort schlecht und viel zu wenig gewesen, berichtet er: „Morgens gab es ein kleines Brötchen mit Wurst und dann ein Abendessen. Mehr nicht.“ Über Athen, Mazedonien, Serbien und Ungarn kam er nach Österreich. Als Schwarzfahrer sei er mit der Bahn nach München gekommen, dann aber erwischt und schließlich für einen Monat im Auffanglager in Rosenheim untergebracht worden.



Rahimi, zweiter von links, und Abi, ganz rechts

Obwohl Abi zwei Jahre in Deutschland zur Schule gegangen ist, sehr gut Deutsch gelernt und jetzt einen Ausbildungsplatz als Fahrzeuglackierer gefunden hat, droht ihm nun die Abschiebung nach Afghanistan. „Ich habe mich integriert. Ich habe einen Ausbildungsplatz. Warum soll ich abgeschoben werden? Ich bin auch ein Mensch!“, empört er sich.

„Wenn Afghanistan sicher wäre, warum ist dann Herr de Maiziere nur mit Sicherheitsweste nach Afghanistan gegangen!“, möchten Abi und Rahimi

wissen. Täglich gäbe es Explosionen, berichten sie. „Und das soll sicher sein? In Afghanistan herrscht Krieg.“

Den Deal zwischen der Bundesregierung und der Regierung in Kabul über Zahlungen für jeden zurückgenommenen Afghanen verurteilen sie beide. „Unser Präsident hat dafür Geld bekommen, dass den abgeschobenen Flüchtlingen geholfen wird. Aber uns wird nicht geholfen! Sobald wir den Flughafen in Kabul verlassen haben, sind wir völlig auf uns allein gestellt.“

Auf die Präsenz der Nato-Soldaten angesprochen, erklärt Rahimi: „Waffen helfen nicht! Ich bin mir sicher, wenn Deutschland, die USA und all die anderen Länder Afghanistan in Ruhe ließen, hätten wir keinen Krieg.“ Abi prangert auch die Waffenexporte der Bundesregierung an: „Deutschland soll die Waffenexporte einstellen. In Afghanistan sind alles deutsche und amerikanische Waffen. Die Granaten, die explodieren, töten und verletzen uns nicht die Soldaten.“



Anas (30) und Ayman (27) aus Aleppo

Anas und Ayman sind beide aus der syrischen Stadt Aleppo geflohen. Der 30-jährige Anas betont, dass er als Syrer „mehr Rechte“ habe, als Flüchtlinge aus anderen Ländern. Er solidarisiert sich ausdrücklich mit den afghanischen

Flüchtlingen: „Ich hatte die Chance, die deutsche Sprache zu lernen und mich an der Uni zu bewerben. Aber wer aus Afghanistan kommt, kann das nicht.“

Sie bekämen keine Integrationsmöglichkeiten und würden unter dem Vorwand abgeschoben, dass Afghanistan sicher sei, kritisiert Anas. „Was soll das? Deutschland hat eine Armee dort und sagt, dass es dennoch sicher ist. Das macht keinen Sinn.“ Es sei auch unmenschlich, dass die Geflüchteten nach ihrem sozialen Status aussortiert werden: „Wenn jemand gebildet ist und gute Qualifikationen hat, bekommt er eine bessere Chance, weil er als nützlich betrachtet wird.“

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, zitiert Anas das deutsche Grundgesetz und kommentiert: „Das heißt doch, dass ein Mensch verdammt nochmal ein Mensch ist – nicht ein Mensch aus Syrien oder aus Afghanistan. Der eine hat Würde, der andere nicht?“

Anas erzählt dann seine eigene Geschichte: Er hat in Syrien englische Sprache und Literatur studiert, aber konnte seinen Abschluss nicht mehr machen, weil er verhaftet wurde. Nach seiner Freilassung floh er in die Türkei und versuchte, als Englischlehrer zu arbeiten. Im Herbst 2015 verließ er das Land und kam über die gefährliche Seeroute mit einem Schlauchboot auf die griechische Insel Mytilene. Von Griechenland aus reiste er über die Balkanroute nach Deutschland. Hier will er studieren, um Sozialarbeiter zu werden.

Er hat noch Kontakt zu Flüchtlingen, die in Griechenland geblieben sind. Seit dem Deal zwischen Ankara und der Europäischen Union, der die Abschiebung der Flüchtlinge aus Griechenland zurück in die Türkei vorsieht, habe sich die Lage noch verschlechtert. „Sie bekommen keine Sprachkurse oder ähnliches, weshalb sie nicht arbeiten können. Sie bekommen nur gerade so viel Geld, dass es zum Überleben reicht.“ Die Flüchtlingscamps seien im Grunde „Konzentrationslager“.

Alle müssten jetzt aufwachen und auf die Straße gehen, fordert Anas und kritisiert die massiven Rüstungsexporte, die kriegerische Konflikte gezielt anheizen. Die Empathie und Unterstützung für Flüchtlinge in der Bevölkerung sei zwar sehr groß. „Doch wenn man nicht an die Wurzel des Problems geht, dann kauft man nur Zeit. Es geht nicht nur um diese Länder, sondern auch um die ganze internationale Lage. Ich habe Angst, ein Kind in diese zerstörte Welt zu setzen.“

Viele Demonstranten nahmen an dem Protestzug teil, um ein Zeichen gegen Krieg zu setzen. Stefan, ein Demonstrant aus Berlin, ist besorgt über die wachsende Kriegsgefahr. Seit 1990 sei das „Tempo der Kriegsentwicklung“ und „wo Deutschland militärisch überall mitmacht einfach atemberaubend“.

Eine ältere Berlinerin berichtete, dass sie sich bei der „Mahnwache Spandau“ für Flüchtlinge engagiere. Ihre eigene Familie sei während der Nazi-Herrschaft ermordet worden. Auch sie fordert, dass Deutschland keine Rüstungsgüter exportieren dürfe. Dass der Appell an die etablierten Parteien, die die rechte Asyl- und Abschiebepolitik durchsetzen, eine Lösung darstelle, bezweifelt sie: „Ich setze mich aber trotzdem ein, auch wenn es vielleicht nichts nützt.“

Ähnlich äußern sich zwei ehrenamtliche Helfer aus Göttingen, die jedes Vertrauen in politische Parteien verloren haben. „Alle Parteien sind sich darin einig, dass die CDU sagt: Ihr braucht ja gar nicht die AfD zu wählen, das können wir auch selber für euch machen. De Maizière ist das beste Beispiel dafür und die SPD ist davon nicht weit entfernt. Die Linkspartei ist auch enttäuschend.“ Für sie seien „Parteien, die nicht konsequent für das Bleiberecht eintreten, unwählbar“.

Zynischerweise hatten Politiker der Linkspartei und von den Grünen den Demoaufruf unterzeichnet, obwohl ihre Parteien die Kriegspolitik und Flüchtlingshetze maßgeblich vorantreiben.

Die Sozialistische Gleichheitspartei vertritt als einzige Partei eine revolutionäre und sozialistische Perspektive und kämpft für die Einheit aller Arbeiter und Jugendlicher, die weltweit von Krieg, sozialer Ungleichheit und Ausbeutung betroffen sind.

Im **Wahlauf Ruf der SGP** heißt es: „Wir verteidigen das Recht auf Asyl und lehnen jede Form von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit ab. Die Angriffe auf Flüchtlinge richten sich gegen alle Arbeiter. Notwendig ist ein gemeinsame Kampf aller hier lebenden Menschen gegen den Kapitalismus.“

Da Berlino si alza una voce: «We'll come United!»

di V. Schiavo, S. Danielli

© Pubblicato Mercoledì, 20 Settembre 2017 09:02



15mila persone in corteo nelle strade della capitale tedesca, a una settimana dalle elezioni politiche federali. Per dire no alle deportazioni e ai confini, per mostrare che esiste già un'altra società in cui veniamo insieme e viviamo insieme.

«Non ci abitueremo a quello che sta accadendo davanti ai nostri occhi e che è considerato la normalità: la situazione non sta migliorando. Sofferenza e morte non sono più eccezioni ma parte integrante della vita di chi ancora non fa parte di questo paese e di chi cerca di raggiungerlo. Le persone sono insultate, umiliate e picchiate. La solidarietà di migliaia di persone è calpestata. Siamo guardati con sospetto. Costruiscono recinzioni per non farci entrare. Ci rimpatriano per farci sparire. Ma noi siamo qui. E ci resteremo. Abbiamo le nostre speranze. Abbiamo i nostri sogni. Noi viviamo. We'll come United».

Queste le parole che hanno portato circa 15mila persone a sfilare per le strade di Berlino il 16 settembre, a una settimana di distanza dalle elezioni federali. Persone di diversa nazionalità, età e identità sessuale, hanno risposto alla chiamata di **We'll come united**, un network nazionale, composto da più di 100 realtà solidali, che da quasi un anno collaborano all'organizzazione del *CommUnity Carnival 2017*. Una manifestazione politica, culturale e artistica, che chiama all'unità e alla solidarietà in nome dei diritti della persona e porta in piazza le forme di resistenza, di auto-organizzazione e di disobbedienza civile, che si oppongono alle politiche discriminatorie e violente di un'Europa che fa della paura e dell'odio le sue principali linee politiche.

Il corteo antirazzista, composto da 18 carri, è partito dal Ministero degli Interni, responsabile delle continue deportazioni di migranti verso quei paesi - tra cui Afghanistan, Kosovo e diversi Stati africani - considerati 'sicuri'. Deportazioni che, a partire dall'approvazione delle nuove regole sulla richiesta di asilo, nel maggio scorso, sono divenute ancora più semplici da attuare, **infrangendo pesantemente i diritti della persona**.

La manifestazione è stata aperta dall'intervento dei rappresentanti di *Seawatch*, sulla situazione attuale nel Mediterraneo e sugli accordi internazionali, con particolare riferimento alla **criminalizzazione delle ONG**, che portano soccorso ai migranti. Altro tema discusso è stato il sequestro, da parte delle autorità italiane, della nave Juventa di *Jugend Rettet* («la gioventù che salva»). Nel frattempo, l'associazione *Gesellschaft Kultur des Friedens* («Società per una cultura della pace») srotolava uno striscione lungo 100 metri con i nomi di 33mila persone che, per colpa delle politiche della fortezza Europa, hanno perso la loro vita durante il viaggio.

Il lungo corteo del Carnevale, dopo aver attraversato il centro politico della Germania, si è fermato davanti all'Humboldt Forum, per ricordare il passato coloniale dell'Europa e il suo presente neo-coloniale, ovvero le ragioni profonde delle ingiustizie, dello sfruttamento e della violenza alla base delle migrazioni di massa degli ultimi decenni: «We are here, because you are there». A questo punto del percorso al corteo si è unita la manifestazione femminista *What the fuck*, contro la marcia anti-abortista in corso nel centro cittadino.

Il neo-colonialismo, l'industria del controllo e dell'immigrazione, il sistema di isolamento e l'oggettivizzazione dei migranti, la violenza e il razzismo, l'emersione delle nuove destre in tutta Europa e in particolare il neo-nazismo in Germania, i temi portati per le strade attraverso performance, musica, rap, poesia e racconti. Ma anche le forme di resistenza, di presa di coscienza e voce, la possibile solidarietà dal basso, sono state raccontate per le strade della capitale tedesca: «Nobody gives us a voice, we take it».

Tra i partecipanti moltissimi gruppi auto-organizzati di migranti, progetti di *empowerment* e di mutuo-soccorso, progetti artistici e politici, gruppi di solidarietà, come ad esempio: *Jugendliche ohne Grenzen* (Giovani senza confini), *We are born free empowerment Radio*, *Theater X* e *Club al-Hakawati*, *Women in Exile and friends*, *Corasol*... Anche il *City Plaza*, l'**albergo occupato ad Atene** che ospita circa 400 rifugiati, era presente con un carro al Carnevale.

La forma del Carnevale è stata scelta per creare una polifonia di voci, per celebrare la vita e una società che non è un'utopia, ma l'orizzonte concreto di riferimento per un presente e un futuro in cui vogliamo vivere.

Il corteo si è poi fermato a Oranienplatz, luogo simbolo della resistenza auto-organizzata di migranti e rifugiati, che l'hanno occupata nel 2012 sino allo sgombero nel 2014. Prima del concerto conclusivo organizzato da *Berliner Bündnis gegen Rechts* (Rete contro le destre), l'intervento di *Alle Bleiben* (Tutti rimangono), sulla situazione e le deportazioni dei Rom e quindi il discorso conclusivo di Newroz Duman, portavoce della rete, che ancora una volta chiamava all'unità e alla solidarietà: «Una settimana prima delle elezioni vogliamo mostrare la nostra presenza. Vogliamo aprire uno spazio per tutte quelle voci e storie che altrimenti non sarebbero ascoltate. Noi diciamo: Welcome United!».

Il prossimo passo della rete, che si riunirà nuovamente a Berlino in novembre e ha l'intenzione di ampliarsi a tutta Europa, sarà l'organizzazione di un convegno e del prossimo *CommUnity Carnival*.

Veniamo insieme, veniamo uniti, contro il razzismo, l'anti-semitismo, l'anti-islamismo e il sessismo. Resteremo uniti fino a quando non ci saranno diritti uguali per tutti!

Videos

AFP, 16.09.2017



WelcomeUnited: Anti-Rassismus-Parade in Berlin

1.364 Aufrufe

22 13 TEILEN ...



afpde
Am 16.09.2017 veröffentlicht

ABONNIEREN 20.000

Am Samstag ist ein friedlicher Demonstrationzug durch Berlins Zentrum gezogen. Die Teilnehmer protestierten eine Woche vor den Bundestagswahlen gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Sexismus. Hinter der Parade „WelcomeUnited“ steckt eine offene Initiative aus

Neues Deutschland, 17.09.2017



Welcome United – Antirassistische Parade durch Berlin

610 Aufrufe

13 4 TEILEN ...



neues deutschland
Am 17.09.2017 veröffentlicht

ABONNIEREN 705

Während im Wahlkampf über Geflüchtete geredet wird als wären es Zahlen, haben diese schon längst eine Stimme gefunden. 10.000 Menschen zeigten in Berlin die einzige Möglichkeit, wie es weitergehen kann: Gemeinsam.

MEHR ANZEIGEN

RT, 18.09.2017



KonTa, „Träume“, 24.09.2017



konTa - "Träume" (prod. Freytakt)

1.145 Aufrufe

31 3 TEILEN

Romadness Strange Movies Production

